

Aus- und Weiterbildung

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2017

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seite: 17
Ausgabe: Hauptausgabe

Kommentar: DIHK

Die Berufsschulen verpassen die Digitalisierung

Verbände: Zur Modernisierung sind 2,5 Milliarden Euro nötig / Neue Lernformen

dc. BERLIN, 16. Oktober. Die Berufsausbildung in Deutschland loben viele andere Länder als Erfolgsmodell, weil sie das Lernen in Betrieb und Berufsschule eng verknüpft. Bei näherem Hinsehen steckt sie aber in ernststen Schwierigkeiten: Viele Betriebe finden keine Lehrlinge, und in den Berufsschulen herrscht Modernisierungstau - während die Digitalisierung ganz neue Anforderungen stellt. Eine Hochrechnung durch Berufsschullehrerverbände und den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) nährt nun die Sorge, dass selbst der von Bund und Ländern gerade geplante Schulpakt mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 5 Milliarden Euro zu kurz greift. "Um eine lernförderliche digitale schulische Infrastruktur aufzubauen, benötigen allein die Berufsschulen schätzungsweise rund 2,5 Milliarden Euro in fünf Jahren, also rund 500 Millionen Euro pro Jahr", heißt es in einem Positionspapier, das der DIHK zusammen mit den Verbänden der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) und an Wirtschaftsschulen (VLW) erarbeitet hat. Das Papier liegt dieser Zeitung vor. Der von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) vor einem Jahr angestoßene "Digitalpakt" sieht vor, dass der Bund den Ländern bis 2021 insgesamt fünf Milliarden Euro für alle 40 000 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zur Verfügung stellt.

Die Berufsschulen machen knapp ein Viertel aller Schulen in Deutschland

aus. Insofern deutet bisher wenig darauf hin, dass fast die Hälfte der Pakt-Mittel dorthin fließen könnte. Eher besteht die Sorge, dass die Berufsschulen bei alledem zu kurz kommen könnten, weil sie meist weniger öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. In jedem Fall aber müssten die Berufsschulen in den Planungen von Bund und Ländern zum Digitalpakt "einen besonderen Stellenwert einnehmen", mahnen der DIHK und die Berufsschullehrer.

Dass die Berufsschulen mit ihrer Ausstattung der Zeit "hinterherhinken", hatte im vergangenen Jahr auch die Bertelsmann-Stiftung kritisiert. Sie stellte mit einer Studie fest, dass nur jede dritte Berufsschule einen brauchbaren drahtlosen Internetzugang (W-Lan) biete. 40 Prozent hätten gar kein W-Lan. Entsprechend gering sei auch der Fortschritt beim Einsatz digitaler Lern- und Unterrichtsformen.

DIHK und Lehrerverbände führen in ihrem Papier an, dass digitale Lernformen neben besserer Wissensvermittlung überdies helfen könnten, den Zeit- und Fahrtaufwand für Auszubildende in ländlichen Regionen zu reduzieren. Neben W-Lan setze eine zukunftsfähige technische Ausstattung außerdem einen glasfaserbasierten Breitband-Internetzugang voraus. Da Berufsschulen "sozioökonomische Treiber" der Modernisierung seien, sollten sie dabei - ähnlich wie Gewerbegebiete - vorrangig an das Breitbandnetz angeschlossen werden, heißt es in dem Papier.

"Die duale Ausbildung kann nur stark sein, wenn die beiden Partner Unternehmen und Berufsschule stark sind", unterstreicht der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks das Anliegen. "Wir brauchen darum eine gemeinsame Berufsschuloffensive von Bund und Ländern." Mit Blick auf Wankas Pakt für alle Schulen hatten sich Bund und Länder zuvor zuversichtlich gezeigt, bis Jahresende und vor der endgültigen Verabschiedung des Bundestats 2018 alle Einzelheiten klären zu können. Die vorläufige Etatplanung der alten Regierung enthält noch keine Mittel für den Digitalpakt. Er dürfte in den Gesprächen über eine Jamaika-Koalition eine Rolle spielen.

Eine "Berufsschuloffensive" nach Vorstellung des DIHK würde sich aber nicht auf die technische Ausstattung beschränken. Sie soll auch für betriebsnahe, also ausreichend viele Schulstandorte sorgen - und angesichts akuten Personalmangels für genügend Nachwuchs an qualifizierten Berufsschullehrern, vor allem in den gewerblich-technischen Fächern. Angesichts der guten Verdienstmöglichkeiten in der Industrie stelle sich dabei auch die Frage nach der Bezahlung der Berufsschullehrer. "Die Länder sollten daher auch über finanzielle Anreize nachdenken, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Arbeitgebern zu wahren", fordern sie.